Nr. 236. — Zweites Blatt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Rosner in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, 14. Juni 1889.

Deutschland.

Berlin, 14. Juni. Während unsere Oppositionspresse gegenüber der **Invaliden- und Altersversicherung** sich noch immer nicht aus dem Banne negirender Nörgelei zu befreien vermag, hindert in ausländischen Zeitungen auch ausgesprochener politischer Radikalismus keineswegs daran, diese deutschen Gesetzgebungsakte aus dem allein zulässigen Gesichtspunkte der Volkswohlfahrt vernünftig zu beurtheilen. So äußerte sich das Organ der radikalen Opposition im Königreich Ungarn, der „Egyetertes", in seiner Nummer vom 21. v. Mts. über die deutsche Invaliditäts- und Altersversicherung folgendermaßen:

„. . . Die Vorlage über die Invaliditäts- und Altersversorgung ist ein ungemein kühner Schritt auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung, der bisher weder in einem absoluten noch in einem freien Staate unternommen worden ist 2c. Sämmtliche Parteien stehen hier einem ganz neuen Problem gegenüber, und bei Allen muß das Gefühl vorherrschen, daß die sich widerstreitenden Ansichten eine von jeder Parteiauffassung freie Ueberlegung erfordern 2c.

Das Urtheil der öffentlichen Meinung wird dahin lauten, daß in der Hauptsache Fürst Bismarck im Reche sei, und daß das Gesetz eine seiner größten staatsmännischen Thaten bilde. So kühn auch die in der Vorlage enthaltene Initiative auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung ist, so wird gerade diese Kühnheit für das schaffende Genie des Fürsten Bismarck der folgenden Generationeinen noch glänzenderen Beweis liefern, als die glücklich geführten Kriege und die Gründung des deutschen Reichs. Fürst Bismarck ist derjenige, der den Muth hat, als der Erste den Kampf mit dem die ganze moderne Gesellschaft bedrohenden Minotauros aufzunehmen, vor welchem sich alle großen und berühmten Staatsmänner des Jahrhundert furchtsam zurückzogen.

Es liegt etwas Naturgemäßes darin, daß Derjenige, der von einem so mächtigen Trieb der Voraussicht geleitet wird, nicht im Stand ist, die Richtigkeit derselben mit einer gefälligen Logik und mit einer parlamentarischen Beredtsamkeit darzustellen. Fürst Bismarck fühlt es mit der stummen Sicherheit der schaffenden Urkraft, daß Deutschland in der brennenden sozialen Frage, welche das Innere des Reichs aufwühlt, irgend eine Lösung finden muß, um die Zukunft des deutschen Reichs vor den fürchterlichsten Krisen zu schützen. Man könnte einwenden, daß die Vorlage ein Sprung in das Finstere sei. Wird aber das deutsche Reich den ihm bevorstehenden Kampf leichter durchkämpfen, wenn es gar nichts unternimmt? 2c. Die parlamentarische Diskussion ist zwar für jede Sache große sehr empfehlenswerth, es ist jedoch heute unmöglich, die tobenden Ungeheuer der Hölle durch die logischen Abfälle der debattirenden Körperschaften zu beruhigen.

Der Führer der deutschen freisinnigen Partei hat dem Fürsten Bismarck geantwortet, daß der Sozialismus und die Monarchie ihre innere Natur nach unvereinbar seien. Für den ersten Moment scheint dieser Satz plausibel, in Wirklichkeit ist dies aber nur eine theoretische Behauptung. Der Sozialismus ist für die Massen nicht so sehr eine Frage der Gleichheit wie eine Frage des Elends. Diejenige Regierungsform, die es unternehmen wird, den breiten Volksschichten die elementaren Bedingungen der Existenz zu erleichtern und die Leiden von Millionen zu lindern, hat alle Aussichten dafür, die Grundlagen ihres Bestehens zu befestigen. Wenn die traditionelle Monarchie diese Aufgabe in die Hand nimmt, so widerspricht dies weniger ihrer inneren Natur, als den Einrichtungen der republikanischen Freiheiten. In jedem Falle ist der größten Frage unserer Zeit gegenüber das Manchesterthum, dessen Vertheidigung in Berlin mit so viel parlamentarischer Eloquenz betrieben wird, das ärmlichste und nichtswürdigste Programm. Bei dem Fürsten Bismarck bedeutet das rauhe Wort die siegende That, während bei seinen Gegnern die glänzenden Worte vollkommene Rathlosigkeit bedeuten.

— Der **Schah von Persien traf in Kassel** um 4 Uhr 45 Minuten mittels Sonderzuges ein; auf dem Bahnhofe fand großer Empfang statt. Oberpräsident Graf zu Eulenburg, die Generalität und die Spitzen der Behörden waren erschienen. Nach Begrüßung des Schahs durch den Oberpräsidenten in französischer Sprache erfolgte die Vorstellung. Unter den Klängen des persischen Marsches schritt der Schah die Front der aufgestellten Ehrenkompagnie ab; hierauf folgte Parademarsch. Sodann fuhr der Schah, von einer Schwadron Husaren eskortirt, nach dem Stadtschloß, woselbst um 5½ Uhr ein Diner von 50 Gedecken stattfand.

— Unter den Drucksachen des **Reichstags** ist nachträglich noch ein Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die Fortdauer des Mandats des **Abgeordneten Dr. Delbrück (Stralsund-Rügen)** erschienen. Der Genannte, bisher außerordentlicher Professor ohne Gehalt, hat jetzt ein Gehalt empfangen. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß das Mandat hiermit erloschen sei. Sie ging von dem Grundsatz aus: Jedes Mitglied des Reichstages, welches bisher ein besoldetes Reichsamt oder besoldetes Staatsamt nicht besessen hat, mag es also Privatmann oder unbesoldeter Beamter gewesen sein, verliert Sitz und Stimme, sobald es besoldeter Reichs- oder Staatsbeamter wird, und kann seine Stelle in dem Reichstage nur durch neue Wahl wieder erlangen.

— Es dürfte von Interesse sein, die **Gehälter der Forstbeamten im deutschen Reich** mit einander zu vergleichen; ein Dr. Endres im Großherzogthum Baden hat einzelne Zusammenstellungen geliefert, und es beträgt nach diesen die Besoldung eines **badischen** Oberförsters: Anfangsgehalt 2000 Mark, wie die Amtsrichter, nach 2 Jahren 500 Mark Zulage, von da ab alle 3 Jahre 500 Mark, bis 5000 Mark erreicht sind. Das geschieht nach den jetzigen Verhältnissen meistens im 50. Lebensjahr, also nach etwa 25- bis 30jähriger Dienstzeit, 600 Mark bis 800 Mark Dienstaufwandaversum sind dabei nicht gerechnet. Die Dienstwohnungen sind frei. In **Preußen** beträgt das Minimalgehalt 2100 Mark, das Maximalgehalt 3600 Mark, hierzu kommen noch etwa 1600 Mark Dienstunkostenaversum, freie Wohnung, freie Heizung und freies oft, bis 25 Hektar großes Dienstland. Der jetzige **baierische** Revierverwalter hat ein Anfangsgehalt von 3360 Mark, das vom 6. bis zum 10. Jahr auf 3720 Mark, vom 11. bis 15. Jahr auf 4080 Mark und von da an alle 5 Jahre um 180 Mark sich erhöht. Diätenaversum bis zum Höchstbetrag von 360 Mark, Schreibmaterialien 48 Mark, Büreauheizung 60 Mark, Dienstwohnung, gegen 180 Mark Miethe, 900 Mark für ein Dienstpferd. In **Würtemberg** ist jetzt die höchste Klasse mit 3800 Mark dotirt bei einem Anfangsgehalt von 2400 Mark, 566 Mark Diäten und freier Dienstwohnung und billiger Dienstländerei. **Sachsen** zahlt 4000 Mark als Durchschnittsgehalt und 900 Mark Dienstunkostenaversum. In **Hessen** bestehen 5 Gehaltsklassen: 2500, 3000, 3500, 4000 und 4500 Mark. Die Oberförster erhalten noch Aversalbezüge von mindestens 600 Mark, auch Wohnung und Dienstland gegen Vergütung des Anschlags. Die kleineren Länder, deren intensive Bewirthschaftung der Forste bekannt ist, und deren finanzielle Ergebnisse im Vergleich zu anderen sehr hoch stehen, bezahlen ihre Forstbeamten meistens geringer, über 3000 Mark wird ein Revierverwalter nur selten erhalten, man kann sich aber von dem längst verurtheilten Revierförstersystem nicht trennen.

— Der Wirkliche Geheime Rath **Hasselbach, Generaldirektor für indirekte Steuern im Finanzministerium**, gedenkt in nächster Zeit mit Rücksicht auf sei hohes Alter in den Ruhestand zu treten. Herr Hasselbach gehört zu den verdienstvollsten Veteranen im preußischen Staatsdienst. In der Zeit, in welcher er der Verwaltung der indirekten Steuern und Zölle vorstand, fällt die gesammte Reichssteuer- und Zollgesetzgebung, welche mit dem Zolltarif und dem Tabakssteuergesetz von 1879 ihren Anfang nahm und deren letzte Früchte das Branntweinsteuer- und Zuckergesetz und die Zollnovelle von 1887 waren. Dieser Hinweis allein wird genügen, um die Fülle legislatorischer und organisatorischer Arbeiten zu kennzeichnen, an denen Herr Hasselbach in hervorragender Weise mitzuwirken berufen war. Er hat den umfassenden und schwierigen Obliegenheiten seines Amtes sich stets mit der bewährten Pflichttreue des altpreußischen Beamten gewidmet und ist außer durch die Verleihung des Prädikats Exzellenz wiederholt mit den höchsten Orden, zuletzt durch Verleihung des rothen Adlerordens 1. Klasse, ausgezeichnet worden.

— Eine Londoner Meldung des „Berl. Tagebl." besagt Folgendes: Francis de Winton, der Vorsitzende des englischen Emin-Hülfskomitee's, erhielt von seinem Generalagenten in Sansibar telegraphische Nachricht, daß dieser von einem Händler in Ururi, am südöstlichen Ufer des Viktoria-Nyanza-Sees, durch einen Schnellläufer einen Brief erhalten hat, worin der Händler mittheilt, **Stanley** habe ihm einen Brief zur persönlichen Uebergabe an den Generalagenten übergeben, und er werde sich alsbald aufmachen, um den Brief zu überbringen. Der Brief des Händlers ist undeutlich aber wahrscheinlich vom 2. Februar datirt und besagt, Stanley sei am 2. Dezember in Ururi angekommen, sei kurze Zeit dort geblieben, habe 56 Kranke und 46 Gewehre zurückgelassen und sei **wieder nach dem nördlichen Seegebiete gezogen**. Durch Krankheiten und Mangel an Lebensmitteln habe Stanley sehr viele seiner Leute verloren gehabt. Nach einigen Wochen sei ein weißer Begleiter Stanleys, wahrscheinlich Nelson, nach Ururi zurückgekehrt, wo die meisten der zurückgelassenen Kranken inzwischen gestorben waren. Nelson sagte, Stanley habe durch Hunger viele Leute eingebüßt. Nelson holte die Gewehre ab. Schließlich kehrte Stanley nach Ururi zurück, er hatte **Emin** getroffen und begab sich, alle Vorräthe von Ururi mitnehmend, wieder zu Emin, der ihn in Unyara, fünfzehn Tagereisen von Ururi, erwartete. **Stanley ziehe gegen Sansibar**, ob von Emin begleitet, sei unbekannt.

— Die Wiener „P. K." dementirte dieser Tage die Nachricht, daß eine **Zusammenkunft zwischen Kalnoky und Crispi in Eger** stattfinden werde, wenn Letzterer seine zur Zeit in Karlsbad weilende Gattin abholen würde. Wenn die „P. K." die geplante Zusammenkunft in Abrede stellt, so können wir vorläufig dagegen nichts einwenden; wenn das Wiener Organ aber zugleich die Anwesenheit der Frau Crispi in Karlsbald leugnen möchte, so liegt sicherlich ein Irrthum vor: Frau Crispi ist seit ungefähr 14 Tagen in Karlsbad, wohnt in der „Erzherzogin Sophie" und dürfte noch 14 Tage dort bleiben.

— Die **deutsche Post nach London** wird, Brüsseler Meldungen zufolge, vom 1. n. M. ab wieder über Ostende geleitet werden, und werden die deutschen Bahnpostwagen direkt bis zu dem genannten belgischen Seehafenplatze verkehren. Geplant ist ferner die Legung eines unterseeischen Telegraphenkabels zwischen Ostende und Amerika.

— Aus **Kiel**, 12. Juni, wird der „Voss. Ztg." geschrieben:

Die beiden **Panzergeschwader** üben in dieser Woche noch im westlichen Theil der Ostsee, das Manövergeschwader („Baden, „Sachsen", „Oldenburg", „Irene" und „Wacht") ankerte diese Nacht vor Friedrichsort und ging heute Morgen wieder in See; das **Uebungsgeschwader** („Kaiser", „Deutschland", „Friedrich der Große", „Preußen" und „Zieten" ging heute Vorm. 10 Uhr auf der Außenrhede zum Neustädter Hafen vor Anker. — Beide Geschwader kehren Freitag Abend nach Kiel zurück. — Poststation für die Kreuzerkorvette „Carola", Kommandant Korvettenkapitän Valette, ist von heute ab bis zum 12. Juli d. J. Aden. Der frühere erste Offizier der „Carola", Kapitän-Lieutenant da Fonseca-Wollheim, welcher in Folge der schweren Gefechts- und Dienststrapazen erkrankte, ist in diesen Tagen in die Heimath zurückgekehrt und steht jetzt in Kiel zur Verfügung des Inspekteurs der 1. Marine-Inspektion. Durch einen großen Theil der Presse läuft die Notiz, daß die deutsche Marine mit **Papier-Torpedos Versuche** gemacht haben sollen, welche durch Drähte geleitet werden. Wahrscheinlich hat man es hier mit einer **Seeschlange** zu thun. Die deutsche Marine führt nur den Typ des Witehead'schen Torpedos, der nicht zu steuern ist. Mit Verdan'schen Torpedos kann man aber keine Versuche ohne komplizirte Uebertragungsmaschinen mit Drahtwalzen u. s. w. machen. Wenn überhaupt Versuche mit Papiertorpedos gemacht sind, so wird es in Amerika geschehen sein. Daß die Sache geht, ist zweifellos, wenn die Herstellung, besonders die Behandlung der Oberfläche auch so große Sorgfalt erfordern dürfte, daß die Kosten voraussichtlich nicht viel geringer als bei Bronzetorpedos sein würden, die in Friedenszeiten leicht reparirt werden können, während ein lecker oder gebeulter Papiertorpedo kaum wieder herzustellen ist. Versuche mit lenkbaren Torpedos sind in England in letzter Zeit sehr eifrig und wie es scheint mit Erfolg betrieben; ohne Zweifel wird man auch in der deutschen Marine bald zu solchen Versuchen übergehen.

— Der „Schwäbische Merkur" giebt seiner Befriedigung über die Lage in Ostafrika folgendermaßen Ausdruck:

„Die Expedition des **Hauptmanns Wißmann** zur Sicherung des deutschen Kolonialbesitzes in Ostafrika hat mit entschiedenen Erfolgen begonnen, und man kann schon jetzt die Beendigung des Aufstandes und volle Wiedergewinnung des deutschen Schutzgebiets ins Auge fassen. Das nachdrückliche und erfolgreiche Eintreten des Reiches für die Sicherheit seines Kolonialgebiets wird von entscheidender Bedeutung für die ganze Stellung Deutschlands im afrikanischen Festland werden. Nicht nur bei den Eingeborenen wird das Ansehen des deutschen Reiches vermehrt und befestigt werden, auch unter den europäischen Nationen, die mit uns in jenem Welttheil wetteifern, wird der Ernst und die Entschlossenheit, womit Deutschland an die einmal übernommene Aufgabe herangetreten ist, Anerkennung und Achtung finden, und die Stellung Deutschlands auch als einer angesehenen Kolonialmacht wird dadurch wesentlich gewinnen. Es war in der That die entscheidende Probe auf den Ernst, mit welchem Deutschland seine kolonialpolitische Mission erfaßt hat. Die Erhaltung der deutschen Stellung in Ostafrika mußte als eine Ehrensache der Nation betrachtet werden, und der Rückzug an diesem einen Punkt hätte unvermeidlich das allmälige Aufgeben jeder aktiven Kolonialpolitik nach sich gezogen. Das hat auch die große Mehrheit des Reichstags wohl erkannt, als das Gesetz zur Bekämpfung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika zur Berathung stand. Mit allen gegen die deutschfreisinnigen und sozialdemokratischen Stimmen ist das Gesetz angenommen worden, und der bisherige Verlauf der Angelegenheit ist nur geeignet, die Richtigkeit der damals ergriffenen Maßregeln darzuthun. Es ist alle Aussicht, daß mit verhältnißmäßig geringen Opfern die Gefährdung eines zukunftreichen deutschen Schutzgebietes nicht nur abgewehrt wird, sondern noch weit darüber hinaus die koloniale Stellung des deutschen Reiches eine erhebliche Befestigung erfährt."

— Durch die Weißbücher über **Samoa**, welche dem Bundesrathe und dem Reichstage in den letzten Monaten zugingen, wurden mehrere amtliche Schriftstücke bekannt, in denen ein scharfer Tadel gegen den **deutschen Konsul Dr. Knappe** ausgesprochen wurde. Der Konsul wurde deshalb von seinem Posten dort abberufen und durch den Legationsrath Dr. Stübel ersetzt, der sofort die Reise nach der Südsee antrat. Nach dem Eintreffen des Letzteren hat Dr. Knappe Apia verlassen, vorher haben ihm die dortigen Deutschen eine Adresse, vom 27. April datirt, überreicht, worin sie ihm ihre Genugthuung über seine Haltung aussprachen. Die Adresse lautet dem „B. T." zufolge: „Die ganz ergebenst unterzeichneten deutschen Einwohner Apias erlauben sich hierdurch, ihr tiefgefühltes Bedauern auszudrücken, daß Euer Hochwohlgeboren wieder von Apia scheiden. Hatten Sie schon bei Ihrem früheren Hiersein durch das regste Interesse für Samoa und alle samoanischen Angelegenheiten, durch die stete Anregung, die hier ansässigen Deutschen in soziale Harmonie zu bringen und in solcher zu erhalten, sich das vollste Vertrauen und die aufrichtigste Zuneigung aller Deutschen in Samoa zu eigen gemacht, so haben uns die vergangenen sechs Monate, welche leider so überreich an harten Schicksalsschlägen für Samoa waren, unzählige Beweise gegeben, daß Sie entschlossen waren, die deutschen Interessen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die Uebergriffe Anderer zu vertheidigen. Ihr Aufenthalt hier war ein ununterbrochener Kampf gegen die Schädigung deutscher Interessen in Samoa, gegen Beleidigung und Beschimpfung der nationalen Ehre Deutschlands. Wir versichern Euer Hochwohlgeboren hiermit unser aller aufrichtigsten Dank, daß Sie so unermüdlich für die deutschen Interessen in Samoa und für Deutschlands Ehre eingetreten sind und selbst in den schwierigsten Lagen die deutsche Fahne hochgehalten haben. Wir sind überzeugt, daß Sie auch in Zukunft warmes Interesse für uns Deutsche in Samoa behalten werden. Wir wünschen Euer Hochwohlgeboren Glück und Gesundheit auf ferneren Lebenswegen und versichern unsere vorzüglichste Hochachtung und Ergebenheit. Ed. Weber, J. Beckmann, F. Koop, Gust. Ertel, Ad. Fischer, C. Benthien, A. Vollbrandt, W. Ahrens, A. Falke, Otto Spatz, F. Axmann, M. Rosenberg, A. Bruhn, Jean Stehlin, P. Nitsche, H. Volgemann, M. Duetsch, Otto Loesche, J. Niebuhr, Otto Kopsch, Georg Lober, F. Pump, Felix Hempel, Otto Martin, v. Wolffersdorff, F. Marquardt, T. Zimmermann, C. Siemsen, M. Ohmsen, H. Thomson, A. Krüger, W. Schwalger, R. Schmidt, F. W. Gabriel, G. Keimling, F. Miller, P. Rasmussen, Otto Adam, Grevsmuehl u. Komp., Dr. Sterich, F. Goldberg, Neumann-Lichnowsky, P. Pnille, A. Haidlen, Gustav Giese, C. Tiedemann, Aug. Saffings, E. Schmidt, Oskar Schlueter, G. W. Partsch, T. Schmidt, H. Nagel, L. Bruth, W. Harder, H. D. Wulf, K. Hufnagel, O. Schubert." Getreu dem Spruch: „Audiatur et altera pars!" haben wir keinen Anstand genommen, die Adresse hier zum Abdruck zu bringen.

— Aus dem rheinisch-westfälischen Kohlenrevier gehen dem sozialdemokratischen „Volksbl." Klagen über die Art der **Vertheilung der für die streikenden Bergarbeiter gesammelten Gelder zu.** Dasselbe schreibt:

Die Zentralkasse befindet sich bekanntlich in den Händen des Herrn L. Dilla in Bochum, des Geschäftsführers der ultramontanen „Märkischen Vereinsdruckerei." Dieser Herr soll nun, in Verbindung mit dem Redakteur Fußangel, mehr nach der Parteistellung als nach der Bedürftigkeit der Bergleute das Geld vertheilen und die Gelegenheit für günstig halten, Propaganda für das Zentrum damit zu verbinden. Ferner soll eine Art Trucksystem Anwendung finden: Die Bergleute erhalten nicht baares Geld ausgehändigt, sondern nur Bons auf Waaren, die von bestimmten Kaufleuten entnommen werden müssen. Daß diese Kaufleute der ultramontanen Partei nicht fernstehen, ist ebenso selbstverständlich, wie daß das Monopol, welches ihnen eingeräumt ist, sich in der Qualität der Waaren bemerkbar macht. Die Leiter des Streikes sind gemaßregelt und gezwungen, sich nach anderem Erwerb umzusehen, da sie von keiner Grubenverwaltung angenommen werden. Um so weniger sind sie in der Lage, aus ihrer Tasche nachträgliche Kosten der Streikagitation zu decken. Allein für Drucksachen sind noch 80 Mark zu bezahlen. Herr L. Dilla soll sich jedoch weigern, diesen Betrag aus der Streikkasse herzugeben, trotzdem das seiner Zeit verhaftete Streikkomitee in seiner Sitzung vom 12. Mai den selbstverständlichen Beschluß gefaßt hat, daß die Unkosten von den einfließenden Geldern gedeckt werden sollten. Seit der Verhaftung des Streikkomitees sollen die ultramontanen Herren mit dem Gelde verfahren, wie sie wollen. — Wir halten uns für verpflichtet, diese Mittheilungen, die uns von vertrauenswürdiger Seite zugehen, der Oeffentlichkeit zu übergeben. An den Herren Dilla und Fußangel ist es, sich gegen die schweren Vorwürfe, die gegen sie erhoben werden, zu vertheidigen. Die Arbeiterschaft Deutschlands hat ein dringendes Interesse daran, zu erfahren, was aus den Geldern, die sie zum großen Theil aufgebracht hat, geworden ist und ob dieselben rein und unverkürzt im Sinne der Geber verwendet werden.

— Daß die sozialpolitische Gesetzgebung, auch auf dem Gebiete der Versorgung für die Fälle von Krankheit, Unfall, Erwerbsunfähigkeit, durch die bisher ergangenen Gesetze noch nicht abgeschlossen ist, wird nicht in Abrede gestellt werden können. So fehlt es namentlich noch an der **Fürsorge für Wittwen und Waisen** von Arbeitern. Schon bei der Berathung des Invaliditätsgesetzes ist diese Angelegenheit zur Verhandlung gekommen. Von einem Mitgliede der nationalliberalen Partei wurde schon damals beantragt, die Leistungen des Gesetzes nicht lediglich auf eine Alters- und Invalidenrente zu beschränken, sondern auch die Fürsorge für Wittwen und Waisen in dasselbe mit aufzunehmen, da diese als ein fast noch größeres Bedürfniß empfunden und als eine noch willkommenere Wohlthat werde anerkannt werden. Seitens der Vertreter des Bundesrathes wurde das Bedürfniß der Regelung auch dieser Frage voll anerkannt und für eine nicht ferne Zukunft die Inangriffnahme in Aussicht gestellt. Jedoch sei diese Angelegenheit nicht genügend vorbereitet, namentlich fehle es an dem ausreichenden statistischen Material, und man könne daher die dadurch eintretende, jedenfalls aber sehr erhebliche und voraussichtlich nicht unter 120 Mark jährlich betragende Belastung nicht genau genug übersehen. Es wurde daher für unmöglich erklärt, jetzt schon dieser Sache näher zu treten. Diesen Erklärungen gegenüber mußte trotz aller Theilnahme, welche bei allen Parteien der Gedanke an sich fand, von einer weiteren Verfolgung desselben zur Zeit abgesehen werden. Dagegen wurde gewissermaßen als Abschlagszahlung die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, daß, wenn ein Versicherter verstirbt, bevor er in den Genuß einer Rente gelangt ist, der hinterlassenen Wittwe oder den Kindern unter 15 Jahren die auf den Verstorbenen entfallende Hälfte der gezahlten Beiträge zurückerstattet wird. Sodann werden auch die älteren sozialpolitischen Gesetze demnächst einer Revision zu unterziehen sein. Zu dem Krankenversicherungsgesetz ist eine Novelle bereits ausgearbeitet, welche verschiedenen bei der Anwendung des Gesetzes hervorgetretenen Mängeln abhelfen soll. Der Unfallversicherung sind ferner eine größere Reihe von Betrieben, namentlich von handwerksmäßigen Betrieben, noch nicht unterworfen, welche nach dem Geiste dieser Gesetzgebung ihr zu unterwerfen sein werden und auf welche sie auszudehnen beabsichtigt ist.

— Einen mysteriösen Fund, eine **russische Seemine**, haben österreichische Kriegsschiffe im **adriatischen Meere** gemacht; man berichtet darüber der „N. Fr. Pr." aus **Zara**:

„Der Kommandant der österreichischen Kriegsbrigg „Arthemisia" brachte auf seinen Kreuzungen in Erfahrung, daß bei der Insel Grossa in den dalmatinischen Gewässern eine **geladene** Seemine von Fischern, in offener See treibend, gefunden worden sei. Er erstattete hiervon dem Militärkommando in Zara die Meldung, welches den Kriegsdampfer „Andreas Hofer" beorderte, um Nachforschungen anzustellen. Durch diesen wurde die Mine, welche von den Einwohnern in Grossa inzwischen zerlegt und deren wahrscheinlich aus Schießbaumwolle bestehender Inhalt zerstreut worden war, nach Zara gebracht. Die Mine ist allem Anscheine nach eine russische Seemine. Man vermuthet, daß dieselbe einem russischen Kriegsschiffe bei Vornahme von Manövern in Verlust gerathen und durch Stromverhältnisse an die Küste getragen worden sei. Die entsprechenden Erhebungen über die Provenienz dieses unheimlichen Fundes sind im Zuge."

— Aus dem deutschen Schutzgebiet der **Marschall-Inseln** sind dem „Hamb. Korr." interessante Mittheilungen über die Wirksamkeit von Maßregeln zugegangen, welche seitens der dortigen deutschen Behörden ergriffen sind, um die Befreiung der Eingeborenen aus drückenden Schuldenverhältnissen herbeizuführen.

Vor Einrichtung der deutschen Verwaltung bestand auf den Marschall-Inseln die Praxis, daß die fremden Kaufleute die mit ihnen in Geschäftsverbindung stehenden Häuptlinge andauernd in einem Schuldverhältnisse erhielten, um gegen dieselben jeder Zeit einen Zwang zur Bereitung von Kopra ausüben zu können, welches zur Tilgung der Schuld abgeliefert werden mußte. Es hatte sich dabei ein Verhältniß entwickelt, wonach jeder Kaufmann sich gewisse Häuptlinge hielt, welche ihm allein Kopra verkaufen durften. Um hierin eine Aenderung herbeizuführen, wurde Anfang 1887 durch den kaiserlichen Kommissar für die Marschall-Inseln eine Verordnung erlassen, wonach es verboten war, ohne Genehmigung des Kommissars Eingeborenen Kredit über 50 Dollars hinaus zu geben, und wonach gleichzeitig die Anmeldung aller bisherigen Schuldforderungen vorgeschrieben war. Da die dortigen Firmen und Händler sich hierdurch nicht abhalten ließen, weiteren Kredit zu gewähren, so wurde im September 1887 eine neue, jedes Kreditgeben verbietende und unter Strafe stellende Verordnung verkündet. Dieses Verbot hat im Allgemeinen den beabsichtigten Erfolg gehabt.

Anfangs wurde zwar noch wiederholt unternommen, unter allerlei Verschleierungen Eingeborenen Kredit zu geben, um sie in der gewohnten Abhängigkeit zu erhalten und sich Kopralieferungen für längere Zeit im Voraus zu sichern. Diese durch die Konkurrenten bald zur Kenntniß des Kommissars gebrachten Versuche wurden jedoch, nachdem einige solcher in Umgehung der Verordnung abgeschlossener Geschäfte rückgängig gemacht und im Wiederholungsfalle Bestrafung angedroht worden war, nicht mehr erneuert. Es sind später nur in vereinzelten Fällen Händler wegen Kreditgewährens in geringem Umfange zur Bestrafung gelangt.

Hand in Hand mit der Verhinderung neuer Verschuldungen wurde versucht, auf eine möglichst beschleunigte Tilgung der bestehenden Schulden hinzuwirken. Das erzielte Ergebniß darf als nicht ungünstig bezeichnet werden, da die im Jahre 1887 angemeldete Schuldenlast von etwa 70,000 Mark sich auf ungefähr ein Drittel vermindert hat. Die Tilgung ist fast völlig durch Zahlung beziehungsweise durch Lieferung von Kopra zu vorher bestimmten Preisen und nur zu ganz geringem Theil durch Erlaß bewirkt.

Falls nicht unerwartete Umstände eintreten, darf eine völlige Tilgung der Eingeborenen-Schulden in Jahresfrist erwartet werden.

Dies Ergebniß wird nicht allein den bisherigen Schuldnern, sondern ganz besonders auch dem Handel auf den Marschallinseln zu Gute kommen, da die Erfahrung lehrt, daß die Kopraproduktion der Eingeborenen, welche einen Entgelt für ihre Arbeit erhalten, eine unverhältnißmäßig größere ist als derjenigen, welche unwillig den größten Theil ihres Erwerbs in der Bezahlung der Schulden ihrer Häuptlinge aufgehen sehen.

Es würde sich empfehlen, dies innerhalb des deutschen Schutzgebietes gegebene Beispiel, die ökonomische Lage der Eingeborenen auf administrativem Wege zu verbessern, auch in anderen Theilen der Südsee nachzuahmen.

— Aus **Mecklenburg-Schwerin**, 12. Juni wird geschrieben:

Der Pastor **Brauer zu Dargun** hat sein Amt niedergelegt und seinen **Austritt aus der Landeskirche** erklärt, weil innerhalb der letzteren nicht mehr an der Untrüglichkeit der heiligen Schrift festgehalten werde. An der Irrlehre in Betreff der heiligen Schrift hat sich nach seiner Meinung besonders der Konsistorialrath und Professor der Theologie Dr. Dieckhoff zu Rostock betheiligt, welcher in einer Versammlung der Landesgeistlichkeit den Ausspruch gethan, daß in der Bibel sich auch Irrthümer finden. Er habe damit die Grundwahrheit, mit der die lutherische Kirche stehe und falle, angegriffen, was um so schwerer ins Gewicht falle, als Dieckhoff Mitglied der theologischen Prüfungsbehörde sei. Hiervon ausgehend, suchte Pastor Brauer beim großherzoglichen Konsistorium, dann beim Ober-Kirchengericht zu Rostock Schutz der Kirche gegen die Irrlehre nach und wandte sich, als er von beiden abschlägigen Bescheid erhalten hatte, im vorigen Herbst mit einem gleichen Gesuch an den mecklenburgischen Landtag. Als auch diese Körperschaft beschloß: „es sei dem Antragsteller durch den Landessekretär zu respondiren, daß die Landtagsversammlung sich nicht veranlaßt sehe, seinem Antrage Folge zu geben", hielt er sich verpflichtet, die Gemeinschaft mit der Landeskirche aufzuheben. Zur Begründung dieses Schrittes richtet er in dem „Oeffentl. Anz." des Amtes Dargun ein Abschiedswort an seine bisherige Gemeinde, in welchem er, nach einer Darlegung der lutherischen Lehre von der heiligen Schrift, erklärt: „Gegen dieses allgemeine Bekenntniß der lutherischen Kirche, gegen die Lehre unseres Katechismus, gegen die klarsten Aussprüche der hl. Schrift ist von einem Lehrer unserer Kirche öffentlich, schriftlich und mündlich die falsche Lehre aufgestellt, daß die hl. Schrift Irrthümer enthalte. Die geistlichen Gerichte, welche von unserer Kirche geordnet sind, die reine Lehre zu schützen, falsche Lehre aber zu strafen und zu beseitigen, haben alle Anträge und Bitten um Abwehr jener die hl. Schrift, das Heiligthum der Kirche, insbesondere das Christenthum untergrabenden Irrlehre zurückgewiesen." Für solchen Fall gebe Gottes Wort die Vorschrift, nicht mit den Ungläubigen am fremden Joch zu ziehen, vielmehr sich von ihnen abzusondern. Diesen Worten müsse er folgen, um mit gutem Gewissen leben und sterben zu können. Das sei der Grund, weshalb er sein Amt niederlege und aus der mecklenburgischen Landeskirche ausscheide. An die Gemeinde aber richtet er die Bitte, bei der Lehre der Kirche und des Katechismus zu bleiben.

Hamburg, 12. Juni. In Betreff des **internationalen Seekriegsrechts und der Abschaffung des Beuterechts** werden am Schlusse des soeben erschienenen Jahresberichts des Verbandes des Vereins Hamburger Rheeder die folgenden beachtenswerthen Forderungen und Wünsche ausgesprochen. Nicht nur gegen elementare und zufällige Ereignisse ist ein erhöhter Schutz für die Schifffahrt anzustreben, nicht minder ist dies erforderlich gegen absichtliche Vernichtung und Wegnahme, gegen welche in Kriegszeiten noch immer kein Schutz besteht. Es wäre in der That an der Zeit, daß der Grundsatz der Unverletzlichkeit des feindlichen Privateigenthums im Kriege auch auf See zur allgemeinen Anerkennung gelangte, wie es auf dem Lande längst der Fall ist. Auch andere Punkte des internationalen Seerechts, das Blockaderecht, der Begriff der Kriegskontrebande, bedürfen klarer Feststellung, wie namentlich das Verhalten Frankreichs vor einigen Jahren in dem Konflikte mit China gezeigt hat. Die gegenwärtige Friedenszeit scheint zu solcher Ausbildung des Völkerrechts, zu welcher die gerade jetzt im Werke befindliche sehr bedeutende Vermehrung aller Kriegs- und Handelsflotten dringend auffordert, besonders geeignet, und der Versuch dürfte nicht aussichtslos sein, da auch in England, welches sich auf dem Pariser Kongresse weigerte, dem Beschlusse wegen Abschaffung des Beuterechts beizutreten, sich neuerdings ein Umschwung zu Gunsten dieses Beschlusses bemerkbar gemacht hat. Auf dem Kongreß in Washington wird sich bei der Fülle der Berathungsgegenstände auf jedem anderen Gebiete wohl keine Gelegenheit bieten, auch diese Frage zu erörtern. Es wäre aber eine des Reiches und seiner fried-

lichen, auf Förderung der Wohlfahrt gerichteten Ziele würdige Aufgabe, zur Verwirklichung dieses großen Kulturfortschrittes den Anstoß zu geben. Unterzeichnet ist der Bericht von Karl Laeisz als Vorsitzenden, Adolf Wörmann, F. Wencke, Fr. Lösener und John Meyer.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. Juni. (B. T.) Die Stimmung der hiesigen politischen Kreise ist eine verdrießliche, vielleicht in wesentlich geringerem Maße wegen der **neuesten journalistischen Beunruhigungs-Kampagne**, welche allseits kultivirt wird, als wegen der thatsächlichen Vorgänge auf internationalem Gebiet. Die Lage wird seit Langem als ernst aufgefaßt, auch beobachtet man sorgfältig die Fortschritte der russischen Rüstungen, die Vorgänge im Orient, aber man warnt gleichwohl vor Uebertreibung und allzu großem Pessimismus.

Wien, 13. Juni. (B. T.) Die Wiener Polizei erläßt einen Steckbrief gegen den berüchtigten Hochstabler **„Chevalier" Hofmann**, welcher nach verbüßter sechsjähriger Kerkerstrafe verschiedene Städte des Kontinents als **„Baron Courtier"** jetzt unsicher macht.

Schweiz.

Zürich, 10. Juni. In großer Anzahl hatten sich gestern die Delegirten der **Grütli- und anderer Arbeitervereine** versammelt, um über ihre Haltung in den politischen Fragen, welche im Vordergrunde der öffentlichen Besprechung stehen, Beschlüsse zu fassen.

Hinsichtlich der **Verfassungsrevision** wurde folgender Beschluß gefaßt:

Falls die Resultate der Verhandlungen der gegenwärtigen Bundes-Versammlung den Erwartungen der Arbeiterpartei in Sachen der Verfassungsrevision und Erweiterung der Volksrechte nicht entsprechen, soll sofort zur Sammlung der 50,000 Unterschriften geschritten werden. Das Zentralkomitee des Grütlivereins erhält für diesen Fall die Ermächtigung, die nöthigen Schritte zu thun und sich als Revisionskomitee zu konstituiren.

Vergeblich war von verschiedenen Seiten angerathen worden, in dieser Sache nichts zu überstürzen und eine zuwartende Stellung einzunehmen. Außer den bereits früher aufgestellten Forderungen (Erweiterung der Volksrechte u. s. w.) wurden von der Versammlung noch folgende beschlossen:

1) Größere Garantien zum Schutze der persönlichen Freiheit und Revision des Art. 70 in dem Sinne, daß die Ausweisungen nur auf Grund bewiesener Thatsachen erfolgen können und die Betroffenen Rekursrecht an die Bundesversammlung haben, immerhin ohne aufschiebende Wirkung der getroffenen Verfügung. 2) Revision des Artikels 34 (Fabrikgesetz). 3) Verstaatlichung des Getreidehandels. 4) Schaffung obligatorischer Berufsverbände im Sinne der Motion Cornaz. 5) Es bleibt dem Komitee vorbehalten, noch weitere Postulate aufzustellen.

In lebhafter Diskussion wurde der gegenwärtig bei der Bundesversammlung liegende **Auslieferungsvertrag mit Oesterreich** bekämpft. Es wurde folgende Resolution gefaßt:

Der projektirte Vertrag kommt einem Verzichte auf die bisher befolgte Nichtauslieferung von politischen Verbrechern gleich, indem statt einer positiven Untersagung der Auslieferung in solchen Fällen der Entwurf nur sagt, es bestehe keine Verpflichtung zur Auslieferung; indem ferner keine genügenden Garantien geboten sind, daß der wegen sog. konnexer oder komplexer Delikte Ausgelieferte nicht auch wegen des politischen Vergehens selbst strafrechtlich verfolgt und abgeurtheilt werde; indem sodann der im Vertrag mit Oesterreich enthaltene Verzicht in kurzer Zeit auch den übrigen Staaten werde zugestanden werden müssen. Die Versammlung protestirt gegen diesen Vertrag als der Republik unwürdig, und erwartet dessen entschiedene und einstimmige Ablehnung seitens der eidgenössischen Räthe; sie weist darauf hin, daß der Vertrag geeignet ist, die durch die Angelegenheiten der politischen Polizei in weiten Volksschichten bereits vorhandene Mißstimmung wesentlich zu vergrößern und zu vertiefen.

Die Delegirten-Versammlung beschäftigte sich im Weiteren mit dem Fabrikgesetz, bezüglich dessen folgende Resolution beschlossen wurde:

1) Eine Erweiterung und Vertiefung des Fabrikgesetzes, Ausdehnung desselben auf weitere Gewerbe, Einführung des 10stündigen Normalarbeitstages, Einschränkung der Bewilligung von Ueberarbeitszeit, Aufstellung von Normalreglements, welche vor der behördlichen Genehmigung der Arbeiterschaft zur Meinungsäußerung und Antragstellung zu unterbreiten sind, Festsetzung eines Prozentverhältnisses für Schadenersatzforderungen und andere Lohnabzüge, Bestimmungen über die Verwaltung der Fabrikkrankenkassen und das Versicherungswesen überhaupt u. s. w., Vermehrung der Fabrikinspektoren und bessere Organisation des Vollzuges; alles das ist zum absoluten und dringenden Bedürfnisse geworden. 2) Das Zentralkomitee des Grütli-Vereins ist beauftragt, ein Programm auszuarbeiten, dasselbe einer Kommission, in welcher alle hauptsächlichen Arbeiterorganisationen vertreten sind, zur Berathung und Feststellung zu unterbreiten, und bezügliche Eingaben und Petitionen an die zuständigen eidgenössischen Behörden gelangen zu lassen

Bern, 13. Juni. In Sachen der Fremdenpolizei hatten gestern der **russische** und heute der **österreichisch-ungarische Gesandte** Besprechungen mit dem Vorsteher des Departements des Auswärtigen, Bundesrath **Droz**.

Belgien.

Brüssel, 12. Juni. Die zahlreichen Unfälle, welche in letzter Zeit auf der **Dampferlinie zwischen England und Belgien** vorgekommen sind, haben auf den König der Belgier einen tiefen Eindruck gemacht. Der König hat sich dafür entschieden, eine internationale Konferenz von Delegirten der betheiligten Mächte einzuberufen, damit gemeinsame Maßnahmen zur Sicherung der Schifffahrt im Kanale und in der Nordsee während des Nebels getroffen werden. Gestern ist wieder ein Unfall auf der Postdampferlinie Ostende-Dover vorgekommen. Der um 3 Uhr aus Dover abgegangene Postdampfer „La Flandre" ist mit dreistündiger Verspätung erst um 9 Uhr in Ostende eingetroffen; in Folge eines Unfalls an der Maschine wollte er unter Segel gehen, aber das **Segelwerk** war nicht in Ordnung und so blieb der Dampfer ein Spiel der Wellen.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Der Boulangistentödter Constans ist eine Erscheinung besonderer Art am Ministertisch der Republik. Er weicht keinem Skandal aus, ist stets bereit, der Kammer Rede und Antwort zu stehen, handelt, ohne vorher dem souveränen Volk nach den Augen zu sehen, und vertheidigt seine Thaten mit einer einfachen Unterbreitung des Sachbestandes. Dem französischen Parlamentarismus ist die Taktik, unter einem Schwulst von Worten die oft für sich sprechenden Thatsachen zu verdecken, so zur zweiten Natur geworden, daß ihn diese Einfachheit des gesunden Menschenverstandes und die wirkungsvolle Kraft, die ihm in unserm Jahrhundert der Phrase noch innewohnt, schier verblüfft. Constans hat seine Maßregeln in dem Boulangistenrummel in Angouleme vor der Kammer statt mit den üblichen Redensarten vom Wohl des Vaterlandes mit kahlen Gesetzesparagraphen gerechtfertigt, die Menschen, welche Ansammlungen auf öffentlichen Wegen veranlassen oder der Staatsgewalt sich widersetzen, mit Strafe bedrohen, er hat an ihnen das Verhalten der Laguerre und Genossen und das der Beamten der Republik gemessen und keinen Anstand genommen, den letztern vor dem ganzen Lande seine Glückwünsche auszusprechen. Das genügte der Kammer, dem Minister ein glänzendes Vertrauenszeugniß zu geben, indem sie die Interpellation Cassagnacs durch den Vertagungsbeschluß aus der Welt schaffte. Die Rechte und die Boulangisten können dieser einfachen aber schlagenden Beweisführung nur die alten Klagen über rohe Vergewaltigung entgegensetzen, sie knirschen und schäumen in die Zügel, deren ungewohnten Druck sie seit langer Zeit wieder einmal fühlen. Die Republikaner dagegen sind entzückt, den Ton gefunden zu haben, mit dem man die Wahlen „machen" kann; die Sprache Constans', ruft die „Republique Francaise" begeistert aus, ist die souveräne Beredsamkeit, die vor dem allgemeinen Wahlrecht zu Worte kommen wird. Das Geheimniß des Systems Constans besteht darin, daß der Minister regiert statt zu reden, dieses System ist jedoch nur anwendbar, wenn man die Macht hat; Machthaber aber ist in Frankreich der wankelmüthigste und willkürlichste aller Tyrannen, das souveräne Volk, und dieses hat noch niemals den gesunden Menschenverstand dauernd zu würdigen vermocht.

Großbritannien und Irland.

London, 11. Juni. Große Befriedigung erregt heute die Meldung, daß der **älteste Sohn des Prinzen von Wales** den nächsten Winter in Indien zubringen wird. Seine Reise hat weniger eine politische als eine erzieherische Bedeutung. Der Prinz hat zwar mit seinem Bruder an Bord der Bacchante die Welt umkreist, aber mit der indischen Bevölkerung, über welche er einst als Herrscher regieren wird, hat er bis jetzt keine nähere Berührung gehabt. Um die indischen Potentaten vor allzu großen Geschenkauslagen zu schützen, soll Prinz Albert Victor halb und halb als Privatmann reisen, beide Theile kommen dabei billiger weg. —

London, 13. Juni. (B T.) In Wadebrigde (Cronwall) soll laut einer bei der Polizei eingelangten Meldung in den offenen Wagen, in welchem **Gladstone** mit seiner Gemahlin fuhr, eine Petarde geworfen worden sein. — Reuters Büreau meldet aus Berlin, die amerikanischen Vertreter auf der Samoa-Konferenz hätten endlich die erwarteten Instruktionen erhalten. Die **amerikanische Regierung versage ihre Zustimmung zu den getroffenen Abmachungen, weil Amerika nicht hinreichende Zugeständnisse gemacht worden seien.** In der heutigen Konferenzsitzung sei die Antwort der amerikanischen Regierung übermittelt worden, und stände es jetzt bei Deutschland und England, ob die Konferenz unverrichteter Dinge auseinandergehen solle.

Edinburg, 10. Juni. Trotz aller Zänkereien, die hier im Stadtrath entstanden über die Frage, ob **Parnell das Ehrenbürgerrecht** zuertheilt werden solle oder nicht, hat derselbe die Auszeichnung, die ihm mit geringer Stimmenmehrheit zuerkannt wurde, heute Morgen huldvoll entgegengenommen und will Edinburg Ende nächsten Monats besuchen, um die neue Würde auf sich übertragen zu lassen. Viele erwarteten hier, daß er die Ehre ablehnen würde, da sie durch die große Opposition der Bürger, von denen bei einer Abstimmung ungefähr 18,000 dagegen und 7000 dafür waren, doch ziemlich zweifelhafter Art ist. Aber diesen Umstand außer Acht lassend, hat die kleine Mehrheit des Stadtraths, meistens heiße „Home Rulers", ihren Willen durchgesetzt. Es ist nicht schwer, das Ganze als ein politisches Manöver zu durchschauen, das von London ins Werk gesetzt wird, um so viel Kapital wie möglich aus einer solchen öffentlichen Auszeichnung zu schlagen. — Ungeachtet des Matrosen-Ausstandes in Leith wußten es am 6. d. Gibson u. Co. zu bewerkstelligen, daß der Dampfer „Kinghorn" seine Fahrt nach Antwerpen, die schon vor einigen Tagen stattfinden sollte, antreten konnte. Er nahm nämlich außerhalb des Hafens ausländische Matrosen von der „Anglia" an Bord und dampfte sofort ab, so daß die Ausständischen keine Gelegenheit hatten, mit ihnen zu verhandeln. Letztere behaupten nun ergrimmt, es sei ganz gesetzwidrig, daß ein britischer Dampfer nur mit fremden Matrosen bemannt sei, wogegen die Eigenthümer sich auf Sir Michael Hicks Beachs Behauptung stützen, nach welcher keine Einschränkung dieser Art ausgeübt zu werden braucht.

Rußland.

Der **Petersburger Korrespondent** der „Köln. Ztg." bestätigt brieflich die Angaben über die Aeußerungen des Zaren zu dem **Schah von Persien** und giebt an, wie sie veranlaßt sind. Er schreibt unterm 8. Juni: Seitens des russischen Gesandten in Teheran, Fürsten Dolgoruki, war gerathen worden, eine halbe Million Rubel in Gold zu Bestechungszwecken zu verwenden, um die persische Politik von den russischen Wünschen abhängig zu machen. Der Zar wollte sich jedoch hierauf nicht einlassen und meinte, wohl nicht mit Unrecht, ein solches Verfahren nütze nichts, da, wenn er eine halbe Million verwende, die Engländer sofort eine ganze zu dem gleichen Zweck aufbieten würden. Dagegen nahm er die Angelegenheit selbst in die Hand, ohne daß Jemand aus seiner Umgebung darum wußte. Bei der Verabschiedung sagte er zum Schah, er freue sich über dessen Besuch, von dem er gute Folgen für beide Länder erhoffe. Doch könne er nicht verhehlen, daß der Schah große Zugeständnisse an England gemacht habe, die Rußland zum Nachtheil gereichten, welche jedoch glücklicher Weise größtentheils beseitigt seien. Der Schah würde aber jetzt nach England kommen und sich vielleicht dort abermals zu Zugeständnissen hinreißen lassen. Für diesen Fall müsse er, der Zar, bemerken, daß im Gebiete von 300 Werst an der persischen Grenze 100,000 Bajonette vorhanden seien, und er könne nicht dafür stehen, daß er in solchem Falle diese mächtige Armee in Bewegung setze. Der Zar richtete diese Worte auf Französisch an den Schah, kurz vor der Verabschiedung. Der Schah erwiderte nichts.

Rumänien.

Aus **Jassy** vom 7. Juni wird der Wiener „N. Fr. P." gemeldet: Im jüngsten offiziellen Journal ist seitens des Kriegsministeriums ein Reglement veröffentlicht worden, welches unter Anderm auch die Verfügung trifft, daß die Zöglinge der Jassyer und Krajowaer Militärschulen nach Beendigung dieser aus vier Klassen bestehenden Unterrichtsanstalten gehalten sind, sich neuerdings einer Prüfung zu unterziehen, um in die Bukarester Offiziersschule eintreten zu können, wobei sie überdies noch einen Konkurs zu bestehen haben. In dieser Verfügung erblickten die Besucher der hiesigen Kadettenschule eine ungerechtfertigte Erschwerung ihres Studiums, aber anstatt dagegen auf legalem Wege eine Vorstellung zu erheben, zogen es die Zöglinge der vierten Klasse vor, ihrem Unmuthe auf eine excentrische Weise Luft zu machen. Zweiundvierzig Kadetten entfernten sich zur Nachtzeit, in voller Uniform und mit Seitengewehr versehen, heimlich aus ihren Schlafzimmern und setzten über die Gartenmauer mittelst Strickleitern. Als sie die Straße unbemerkt erreicht hatten, stellten sie sich in Reih' und Glied auf, und der Aelteste unter ihnen übernahm das Kommando, worauf der Abmarsch mit vier Trompetern an der Spitze in militärischer Ordnung erfolgte. Unter den Entlaufenen befindet sich der Sohn des Prinzen Gregoire M. Sturdza, welcher im Besitze hinreichender Geldmittel sein soll, um den ganzen Trupp auf seinem heimlichen Zuge vor Nahrungsmangel zu schützen. Inzwischen aber folgten 95 Kadettenschüler der anderen Klassen dem Beispiele ihrer älteren Kameraden und flüchteten sich Mittwoch Nachmittags insgesammt in die Nähe eines außerhalb der Stadt gelegenen Klosters; der Platzkommandant setzte ihnen dahin mit einer Militär-Eskorte nach, und es gelang ihm, sie zur Rückkehr zu bewegen. — Mittlerweile sind auch die 42 flüchtigen Kadetten der vierten Klasse wieder zurückgekehrt. Dieselben hielten sich, wie aus Jassy vom 8. d. geschrieben wird, während der drei Tage bei Codajescht, im Distrikte Vaslui, auf, und leisteten der an sie ergangenen Aufforderung eines Majors, ihm zu folgen, keinerlei Widerstand. Auf den Gesichtern der Zurückkehrenden, die, nebenbei bemerkt, sehr strapazirt aussahen, lag die Reue über ihren Fehltritt deutlich ausgeprägt, wenngleich sie beim Erscheinen in der Kaserne von ihren Kameraden mit Hurrahrufen empfangen wurden. Der Jassyer radikale Deputirte Pann benützte diesen Vorfall zu einer Interpellation in der Kammer, die ihm in einigen Tagen beantwortet werden dürfte. Auch wurde seitens des Jassyer Radikalen Klubs eine Versammlung der Eltern der Militärschüler behufs Berathung über die in dieser Affaire weiter zu unternehmenden Schritte zur Hintanhaltung schwerer Strafen gegen die Urheber und Mitschuldigen des Disziplinarvergehens einberufen. In demselben Sinne richteten auch bereits die Eltern der Zöglinge eine Petition an den Kriegsminister.

Bukarest, 9. Juni. Die sattsam bekannte Affaire mit den aus **Rumänien ausgewiesenen** Russen ist, wenn „Now. Wremja" gut unterrichtet ist, beigelegt worden, und zwar in einem Sinne, welcher die Russenfreundlichkeit des Kabinets Catargiu neuerdings darthut. Die rumänische Regierung hat nach dem genannten Blatte alle diesbezüglichen Forderungen Rußlands erfüllt, das Ausweisungsdekret zurückgezogen und den ausgewiesenen russischen Iconari (Bilderkrämern) eine Geldentschädigung für ihre Verluste zugesprochen.

Türkei.

Konstantinopel, 7. Juni. Der britische Konsularagent in Jaffa erwähnt in seinem jüngsten Bericht über den Handel seines Bezirkes, daß der Sultan einem türkischen Unterthanen Namens Josef Navon für 71 Jahre eine Konzession für den Bau einer **Eisenbahn von Jaffa nach Jerusalem** gewährt habe. Zur Ausführung des Projekts hat sich eine englisch-französische Gesellschaft gebildet und der Bau der Bahn soll bald in Angriff genommen werden. Der Konsul erwähnt gleichzeitig, daß die jüdischen Kolonien in Palästina sich wesentlich bessern; eine derselben, Richon le Zion genannt, hat etwa 2,000,000 Weinstöcke gepflanzt, die alle vielversprechend sind. Die Kolonisten, größtentheils türkische Unterthanen, sind gute Arbeiter.

Stettiner Nachrichten.

△ **Stettin**, 14. Juni. **Ein Ehemann, der seine Frau verliert**, ist wohl immer zu beklagen, aber bedauernswerth erscheint er, wenn er außer diesem Leid auch noch den Spott der Uebrigen zu ertragen hat. Bei Gelegenheit der Abfahrt der Dampfer vom Garzer Schrey nach Beendigung des Missionsfestes ereignete sich auch ein recht drolliger Fall. Da ist der Dampfer schon bis auf den letzten Platz gefüllt und der arme Ehemann, der seine Frau verloren hat, guckt sich die Augen aus nach seiner besseren Hälfte. Doch vergebens — er kann sie nicht erblicken! Da kommt ein rettender Gedanke! Er bittet einen der Festordner, einen Pastor, er möge doch ausrufen, ob seine Frau nicht noch am Ufer sei. Der menschenfreundliche Herr erfüllt auch des Traurigen Bitte und es ertönt der Ruf: „Ist hier nicht eine Frau, der dieser Mann gehört?" Schallendes Gelächter der Umstehenden und die Antwort der Frau: „Hier bin ich ja" mußte nun auch den trauernden Gatten erheitern und unter dem Jubel Aller, die das interessante Bild aus dem Leben mit anschauen konnten, nahm sie Platz an seiner Seite. Der Herr Pastor aber kann sich das Verdienst zurechnen, ein glückliches Paar vereinigt zu haben, das von Menschen geschieden war.

△ **Ruhestörenden Lärm** verursachte durch laute Schimpfreden und Schreien ein dem Arbeiterstande anhöriger Mensch in trunkenem Zustande in einem Hause der Breitenstraße. Der Wirth des Hauses, in welchem der Ruhestörer auch wohnt, sah sich veranlaßt, ihn verhaften zu lassen; der Verhaftete setzte der Patrouille auf seinem Transport Widerstand entgegen.

— **Fahrpreisermäßigung an Sonn- und Festtagen.** Auf eine von einigen Finkenwaldern gemachte Eingabe hat die königliche Eisenbahndirektion verfügt, daß vom 9. Juni ab für die Dauer des Sommerfahrplans an allen Sonn- und Festtagen, ohne Beschränkung auf die Tageszeit, **Rückfahrtkarten 2. und 3. Klasse** mit eintägiger Geltungsdauer von **Stettin nach Finkenwalde** zum Preise von 60 Pf. für die 2. Klasse, 40 Pf. für die 3. Klasse zur Ausgabe gelangen, welche zur Rückfahrt auch ab **Podejuch** berechtigen. Die betreffenden Fahrkarten sind von rother Farbe.

— An dem alten Pommerensdorfer Kirchhofe machte gestern Abend gegen 10 Uhr ein Brauer, der früher in einer hiesigen Brauerei beschäftigt war, einen **Selbstmordversuch**, indem er sich einen Schuß in der Brust beibrachte. Er erreichte jedoch seine Absicht nicht, sondern trug nur eine schwere Verletzung davon und fand im städtischen **Krankenhaus** Aufnahme.

— Der Verein deutscher Ingenieure, mit fast 6300 Mitgliedern und 31 Bezirksvereinen eine der bedeutendsten Vereinigungen auf dem Gebiete wissenschaftlicher Technik, hält seine XXX. Hauptversammlung in Karlsruhe in den Tagen vom 5. bis 8. August d. J. ab. Von den in den Sitzungen zu verhandelnden Gegenständen sind, abgesehen von den innern Angelegenheiten des Vereines, als allgemein interessant folgende zu erwähnen: 1) Errichtung technischer Mittelschulen. 2) Herausgabe einer Litteratur-Uebersicht. 3) Errichtung eines Denkmals für Robert Mayer, den Begründer der mechanischen Wärmlehre. 4) Beseitigung der Belästigung durch Rauch und Ruß in den großen Städten. An Vorträgen sind bis jetzt die folgenden zugesagt: 1) Herr Professor Gothein: die geschichtliche Entwickelung der badischen Industrie. 2) Herr Einbeck: die heutige Bedeutung der Akkumulatoren bei der Verwendung des elektrischen Stromes. 3) Herr Baurath Bissinger: die Höllenthalbahn. Wegen weiterer Vorträge schweben Verhandlungen. Während der 3 ersten Tage finden in Karlsruhe neben den Verhandlungen auch Besichtigungen dortiger Fabriken, sowie der städtischen gewerblichen Anlagen statt; am 4. Tage wird die Höllenthalbahn gelegentlich eines Ausfluges zum Titisee besichtigt.

— Ueber das Vermögen des Kaufmanns Joh. Gotthilf **Gramtz**, hierselbst, ist das **Konkursverfahren** eröffnet. Der Kaufm. Carpentier ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Juli bei dem hiesigen Amtsgericht anzumelden.

— Ist ein **schriftlicher Vertrag** noch von keiner Seite erfüllt, so kann nach §§. 386, 387 Th. I. Tit. 5 des Allg. Landrechts die **Aufhebung des Vertrages mündlich** erfolgen, doch muß die Kassation des über den Vertrag aufgenommenen schriftlichen Instruments hinzukommen. In Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht, V. Zivilsenat, durch Urtheil vom 13. April d. J., ausgesprochen, daß, wenn zwei Vertragsexemplare, das eine von dem einen und das andere von dem andern Kontrahenten unterschrieben, über den Vertrag ausgefertigt waren, die Kassation eines der beiden Exemplare zur Aufhebung des Vertrages genügt. Eine nach dieser Kassation erfolgte Hinzufügung der Unterschrift des Gegenkontrahenten auf dem noch vorhandenen, bis dahin nur von einem Kontrahenten unterschriebenen Exemplar ist unberechtigt und wirkungslos.

— Herr Reg.-Baumeister Waldemar **Schilling** hierselbst, hat ein **Patent** auf einen von ihm konstruirten Einzelrad-Taster angemeldet.

Schiffsbewegung.

Bremen, 11. Juni. Der Schnelldampfer **„Werra"**, Kapitän R. Bussius, vom **Norddeutschen Lloyd in Bremen**, welcher am 1. Juni von Bremen und am 2. Juni von Southampton abgegangen war, ist gestern 10 Uhr Abends wohlbehalten in Newyork angekommen.

Wollmarkt.

Landsberg a. W., 13. Juni. Die Zufuhren finden rege statt. Tendenz ist fest, Preisaufschläge zweifellos. Die Wäschen sind vorzüglich, das Schurgewicht ist geringer als im vorigen Jahre.

Thorn, 13. Juni. Die Zufuhr beträgt an gewaschener Wolle 1000 Ztr., an ungewaschener 200 Ztr. und ist für gute Wäsche sowie Schmutzwolle starker Begehr. Die Preise betragen 156 resp. 60 Mk., ein Aufschlag gegen das Vorjahr von 15 resp. 6 Mk. Dreiviertel des angefahrenen Quantums ist bereits verkauft.

Königsberg i. Pr., 13. Juni, Vorm. Die Zufuhren betrugen bis heute 3500 Zentner. Wäsche ausgezeichnet. Stimmung matter. Preis etwa 3 Mark billiger als gestern.

Vermischte Nachrichten.

Nürnberg, 13. Juni. In Erlangen wurde der stud. theol. **Kuß** aus einer Ortschaft bei Posen von einem Radfahrer, dem er scherzend einen Stock vorhielt, erstochen.

— (Ein „gerissener Junge".) Ein Schullehrer in einer bei Berlin gelegenen Stadt, dessen Hausthür das Eigenthümliche hatte, daß die liebe Schuljugend gar zu gern an derselben klopfte oder mit Steinen gegen dieselbe warf, ärgerte sich fürchterlich darüber und, um dem Uebel abzuhelfen, heftete er ein großes Plakat an der Thür, auf dem er mit dezimetergroßen Buchstaben schrieb: „Hier wird nicht geklopft!" Trotzdem flog gar bald wieder ein Stein gegen die Thür, und unser Lehrer kam gerade recht, um in dem davoneilenden Uebelthäter einen seiner eigenen Schüler zu erkennen. „Na, warte mein Junge" dachte er. Am anderen Tage war unter den Schülern große Spannung ob der Dinge, die da kommen würden, und nur einer, der Uebelthäter selbst, benahm sich sehr gefaßt. Nachdem der Lehrer eingetreten, stellte er einen Stuhl in Bereitschaft, rief sein Opfer vor und ersuchte es, sich in geeigneter Richtung über den Stuhl zu legen. Der Knabe gehorchte, der Lehrer nahm den Rohrstock zur Hand und hob die Jacke des Knaben auf. Aber Wunder statt zu schlagen, ließ er den Stock sinken, und mit ersticktem Lachen ging er zur Thür hinaus. Warum? Auf der Reversseite des Knaben klebte ein Zettel, und auf diesem stand in großen Buchstaben: „Hier wird nicht geklopft".

— (Am Pfingstsonntage.) Frau v. A.: „Denken Sie, liebe Freundin, ich hätte beinahe vergessen, daß wir schon Pfingsten haben, wenn ich mich nicht noch rechtzeitig der Göthe'schen Worte erinnert hätte: „Pfingsten, das liebliche Fest ist gekommen".

— Er (die Hand aufs Herz legend): „Fühle doch, Mathilde, was sich hier für Dich regt". — Sie: „Ah, die Brieftasche!"

— (Im Marstall.) „Durchlaucht, der Braune frißt seit zwei Tagen keinen Hafer." — „Oho, ist er krank?" — „Nein, das eben nicht — aber der Stallmeister hat's Futtergeld verputzt."

Börsenberichte.

Stettin, 14. Juni. Wetter: schön. Temperatur + 19° R., Barometer 28,3". Wind O.

Weizen still, per 1000 Klgr. loko 164—171 bez., per Juni 172,5 B., 172 G., per Juni-Juli 172,5 B., 172 G., per Juli-August 173 bez., per September-Oktober n. Us. 175,5 G., per Oktober-November n. Us. 176 G.

Roggen Anfang fest, Schluß matt, per 1000 Klgr. loko 137—143 bez., per Juni 145—145,5—145 bez., per Juni-Juli 145—145,5—145 bez., per Juli-August 145—145,5 145 bez., per September-Oktober n. Us. 147—146—146,25 bez., per Oktober-November n. Us. 146,75 B. u. G.

Gerste ohne Handel.

Hafer per 1000 Kgr. loko pomm. 140—146 bezahlt.

Rüböl still, per 100 Kgr. loko o. F. b. Kl. 56,5, per Juni 55,5 B., per September-Oktober 53,75 B.

Spiritus matter, per 10,000 Liter % loko o. F. 50er 54,8 nom., 70er 34,8 nom., per Juni 70er 34,00 nom., per August-September 70er 34,6 bez., per September-Oktober 70er 34,9 B. u. G.

Petroleum ohne Handel.

Berlin, 14. Juni. **Weizen** per Juni-Juli 184,50—183,50 M., per Juli-Aug. 182,25 M., per September-Oktober 179,75 Mark.

Roggen per Juni-Juli 143,75—144,25 M., per Juli-Aug. 145,50 M., per September-Oktober 149,50 M.

Rüböl per Juni-Juli 54,30 M., per Sept.-Okt. 54,00 M.

Spiritus loko 50er 55,20 M., loko 70er 35,50 M., Juni-Juli 70er 34,70 M., August-September 70er 35,10 M.

Hafer Juni-Juli 149,50 M.

Petroleum Juni 23,50 M.

London. Wetter: bewölkt.

Berlin, 14. Juni. Schluß-Course.

Preuß. Consols 4%	106,50	London kurz	—,—
do. do. 3½%	105,40	do. lang	—,—
Pomm. Pfandbriefe 3½%	102,10	Amsterdam kurz	—,—
Italienische Rente	96,20	Paris kurz	—,—
Ungar. Goldrente	86,40	Belgien kurz	—,—
Rumän. 1881er amort. Rente	96,20	Bredow. Cement-Fabr.	188,00
Serbische 5% Rente	85,20	Stett. Vulc.-Act. Litt. B.	162,00
Russ. II. Orient.-Anl.	62,90	Stett. Vulc.-Prioritäten	—,—
do. Boden-Credit 4½%	96,10	Neue Dampf-Comp. (Stettin)	—,—
do. Anl. von 1884	102,80	**Ultimo-Course:**	
do. do. von 1880	90,50	Disconto-Commandit	227,10
Oesterr. Banknoten	171,00	Oesterr. Credit	161,70
Russ. Banknot. Cassa	210,50	Laurahütte	127,70
do. do. Ultimo	208,90	Dortm. Union St.-Pr. 6%	82,20
Nat.-Hyp.-Cred.-G. 5%	103,70	Ostpreuß. Südbahn	105,20
do. (110) 4½%	107,20	Marienburg-Mlawka-bahn	—,—
do. (110) 4%	104,20	Mainzerbahn	123,60
do. (100) 4%	100,60	Lombarden	51,90
P. Hyp.-A.-B. (100) 4% 1. Emission	99,75	Franzosen	103,40
Petersburg kurz	208,75		

Hamburg, 13. Juni, Vormittags 11 Uhr. Kaffee. (Vormittagsbericht.) Good average Santos per Juni 84, per September $85\frac{1}{2}$, per Dezember $86\frac{1}{2}$, per März 1890 $86\frac{3}{4}$. Ruhig.

Hamburg, 13. Juni, 2 Uhr 15 Minuten. Heutige Zuckernotirungen: per Juni 25,60, per Juli 25,60, per August $25{,}62\frac{1}{2}$, per September 23,90, per Oktober $16{,}72\frac{1}{2}$, per November 15,70, per Dezember 15,70, per Januar 15,70, per Februar 15,70, per März 15,75, per April 15,75, per Mai $15{,}77\frac{1}{2}$. Tendenz matt.

Deutschlands Zuckerausfuhr erreichte im Mai d. J. 31,865,639 Kg. Rohzucker und raffinirten Zucker unter 98 Prozent und 21,078,250 Kg. Zucker anderer Art. Vom August 1888 an bis Ende Mai d. J. sind nunmehr ausgeführt worden 396,750,291 Kg. Rohzucker und Zucker unter 98 Prozent (gegen 291,187,940 Kg. in der entsprechenden Zeit der Vorkampagne) und 168,353,799 Kg. Zucker anderer Art (gegen 127,828,412 Kg.).

Amsterdam, 13. Juni. Weizen per Juni 193, Roggen per Juni 119.

Amsterdam, 12. Juni. Java-Kaffee good ordinary 52.

Antwerpen, 13. Juni. Weizen still. Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste schwach. Petroleum loko per Juni $16\frac{7}{8}$, per Juli $16\frac{7}{8}$ B., per Juli-August $17\frac{1}{4}$ B., per September-Dezember $17\frac{3}{4}$ B. Fest.

Paris, 13. Juni, Abends 6 Uhr. Rüböl behauptet, per Juni 54,00, per Juli 54,20, per Juli-August 54,50 per September-Dezember 56,20. Mehl ruhig, per Juni 54,40, per Juli 53,80, per Juli-August 53,60, per September-Dezember 52,30. Spiritus ruhig, per Juni 41,70, per Juli 42,50, per Juli-August 42,70, per September-Dezember 42,70.

Paris, 13. Juni, Nachmittags. Rohzucker 88° ruhig, loko 57,25—75 Fr. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Juni 64,75, per Juli 64,75, per Juli-August 64,60, per Okober-Januar 41,00.

Havre, 12. Juni. Vormittags 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Komp.) Kaffee in Newyork schloß mit 20 Points Baisse. Rio 8000 Sack, Recettes für gestern, Santos 8000 Sack, Recettes für gestern.

Newyork, 13. Juni. Wechsel auf London 4,87. Petroleum in Newyork 6,90, in Philadelphia 6,80, rohes (Marke Parkers) 7,10, Pipe line certificates — D. $83\frac{7}{8}$ C. Mehl 3 D. 05 C. Rother Winter-Weizen — D. $83\frac{1}{8}$ C. Weizen per laufenden Monat — D. $81\frac{3}{4}$ C., per Juli — D. $82\frac{1}{4}$ C., per September — D. $82\frac{7}{8}$ C. Getreidefracht $3\frac{1}{4}$. Mais $42\frac{1}{4}$. Zucker $7\frac{1}{16}$. Schmalz (Marke Wilcox) loko 6,90, (Marke Fairbanks) —. Kaffee loko fair Rio Nr. 3 $18\frac{1}{2}$, per Juli ord. Rio Nr. 7 16,17, per September ord. Rio Nr. 7 16,45. Weizen (Anfangskours) per Juli $81\frac{5}{8}$.

Revierwasserstand.

Stettin, 14. Juni. 5,33 Meter = 17' — ". Zulässiger Tiefgang: 16' 6" Rhl.

Telegraphische Depeschen.

München, 13. Juni. Der **Kaiser von Oesterreich** hat dem Prinzen **Leopold von Baiern** den Leopoldsorden mit Stern verliehen.

Wien, 13. Juni. Wie die „Presse" meldet, hat die Regierung Verhandlungen mit der **Karl-Ludwigsbahn** wegen Legung eines zweiten Geleises auf der Strecke Tarnow-Przemysl eingeleitet. Das an der Börse verbreitete Gerücht von der angeblich bevorstehenden Verstaatlichung der Karl-Ludwigsbahn entbehrt der „Presse" zufolge jeder Begründung.

Pest, 13. Juni. Die Session des **Abgeordnetenhauses** wird morgen geschlossen werden; die neue Session beginnt am Sonnabend. Nach Konstituirung des Hauses sollen die Delegationswahlen vorgenommen werden.

Amsterdam, 13. Juni. Dem „Handelsblad" zufolge wird der **Schah von Persien** am Sonntag Abend hier eintreffen; er wird in Holland nur **inkognito** reisen. Der Schah hat von dem Könige von Holland einen eigenhändigen Brief erhalten, in welchem derselbe sein Bedauern darüber ausdrückt, daß er wegen seines Gesundheitszustandes den Schah nicht persönlich zu empfangen vermag. Daraufhin ließ der Schah den Wunsch ausdrücken, von jeder offiziellen Feierlichkeit während seines Aufenthaltes in Holland Abstand zu nehmen. Der Schah wird sich wahrscheinlich hier nur in Zivilkleidung bewegen.

Brüssel, 13. Juni. Eine Nachricht aus Boma im Kongostaate meldet den Tod des Generalinspekteurs **Goudry**; derselbe soll durch den Kapitän **Cambier**, welcher demnächst dorthin abreisen wird, ersetzt werden.

Paris, 13. Juni. **Laguerre, Laisant und Deroulede reisen** morgen Abend nach London, werden am Sonnabend zurückkehren und am **Sonntag in Lisieux** (Calvados) eine Versammlung abhalten.

Paris, 13. Juni. **Viertausend streikende Droschkenkutscher** sammelten sich an der Barriere de l'Etoile und begaben sich nach der Salle Wagram; unterwegs versuchten sie mehrere nicht streikende Kutscher vom Bock zu reißen; mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Neapel, 13. Juni. Der **König und der Kronprinz** besuchten heute die Stadttheile, in denen die Assanirungsarbeiten begonnen, und wurden von der Bevölkerung und den Arbeitern enthusiastisch begrüßt.